

POSTULAT von Hugo Buchs (SP, Winterthur), Esther Guyer (GP, Zürich) und Nancy Bolleter (EVP, Seuzach)

betreffend Anpassung der Stipendien-Verordnung an die aktuellen Anforderungen des lebenslangen Lernens.

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Stipendienordnung so zu überarbeiten, dass sie über die Erstausbildung von Jugendlichen hinaus vor allem den veränderten Anforderungen an das lebenslange Lernen Rechnung trägt. Während seines Lebens soll jede Person die Möglichkeit haben, während einer gewissen Ausbildungszeit bei ausgewiesenem Bedarf Stipendien und Darlehen zu erhalten, welche ihr die Aus- und Weiterbildungskosten tragbar machen und den angemessenen Lebensunterhalt in der Aus- und Weiterbildungszeit ermöglichen.

Hugo Buchs
Esther Guyer
Nancy Bolleter

Begründung

Im veränderten wirtschaftlichen Umfeld gewinnt die ständige Aus- und Weiterbildung zunehmend an Bedeutung. Immer schnellere Entwicklungen verlangen von allen Beteiligten schnellere Anpassung und Veränderung des Wissens und Könnens.

Beim Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde die Besserqualifizierung propagiert und mit der Unterstützung von Aus- und Weiterbildungen gefördert. Sinnvoll wäre diese Förderung von Bildungswilligen aber nicht nur bei bestehender Arbeitslosigkeit, sondern generell bei Eignung für eine Schulung.

Die Erstausbildung, welche meist noch von den Eltern finanziert wird, bildet zwar nach wie vor ein gutes Fundament für den Start ins Berufsleben, aber zunehmend werden in späteren Phasen des Berufsalltags aufwendige Weiterbildungen, Umschulungen und Zweitausbildungen notwendig. Einstiege in solche Ausbildungen werden gelegentlich gescheut, weil die Lebenssituation und die finanziellen Verhältnisse sie als unmöglich erachten lassen.

Eine fixierte Altersgrenze ist nicht mehr sinnvoll, können solche Umschulungen und Weiterbildungen doch auch in einer späteren Phase des beruflichen Lebens oder etwa nach Familienpausen notwendig werden. Solche Beiträge berücksichtigen auch die Tatsache, dass viele Bezügerinnen und Bezüger ihre Erstausbildung ohne staatliche Unterstützung finanzierten und während Jahren Steuern entrichteten, um dann später gleichwohl auf eine Bildungsunterstützung angewiesen zu sein.

Höhere berufliche Qualifikationen die durch Aus- und Weiterbildungen erreicht werden, führen meist auch zu besseren Einkommen und damit im Prinzip zu höheren Einkommenssteuern. Der Staat kann seine Stipendien damit als gute Investitionen in die Zukunft ansehen.